Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 17. Februar 1887. Nr. 79.

Deutschland.

Berlin, 16. Februar. Der Kaiser fühlt sich eines leichten Schnupfens wegen veranlaßt, sich Schonung aufzuerlegen, weshalb Allerhöchstderselbe bei dem rauhen Wetter der letzten Tage auch seine regelmäßigen Spazierfahrten unterbrochen hatte.

— Wir entnehmen der „Post" nachstehenden Artikel:

„Ein demokratisches Votum für das Septennat."

Johannes Scherr, der vor Kurzem dahingegangene politische Mann, Demokrat vom Scheitel bis zur Sohle — aber nicht Demokrat im Sinne der Führer unserer „Deutschfreisinnigen" — ein ehrlicher, energischer, klar blickender Demokrat, hat seinem Buche „Die Nihilisten" einen „Epilog" angehängt, in welchem er die prophetischen und beherzigenswerthen Worte spricht, die hier der großen, gutgläubigen Menge unseres Volkes wiederholt werden sollen:

„Wahrscheinlich ist, daß der Nihilismus in allen Metamorphosen, die er noch durchzumachen haben mag, fortfahren werde, in Rußland, ja auch im heiligen Rußland, die Mittel und Wege zu bereiten für einen europäischen Umsturz. Der wird kommen, Ihr mögt Eure Köpfe noch so tief in den Sandhaufen Eurer Gedankenlosigkeit, Sattheit und Leichtfertigkeit stecken, federnlose Strauße, die Ihr seid!

„Der Geist der Revolution, d. h. die wahnwitzige Vorstellung, mittels Vernichtung alles Bestehenden ihr Loos verbessern zu können, ist in den Massen, wie noch nie, seit es eine menschliche Gesellschaft giebt, und täglich, stündlich nimmt ein wilder Zerstörungstrieb an Ausdehnung, Vertiefung und Stärke zu. Sein Tag wird kommen, so gewiß vordem die Tage der Völkerwanderung, der Reformation und der Revolution gekommen sind.

„Wer soll denn das Drohende beschwören und abwenden?

„Das Königthum? . . . Die Aristokratie? . . . Die sogenannte Bourgeoisie? . . . Die katholische Kirche? . . . Die protestantische Kirche? . . . Die Wissenschaft? . . . Der Staatssozialismus? . . ."

Nachdem Scherr alle diese Faktoren als machtlos bezeichnet hat, fährt er fort: „Also gäbe es keinen der herannahenden Sintfluth entgegenzustellenden Damm mehr? . . . Doch, einen giebt es vorerst (!) noch! — Was für einen? — Die deutsche Armee! Alles Andere ringsum in Europa ist fragwürdig, unzuverlässig und haltlos. So lange das Gefüge, die Mannszucht und der Gehorsam des deutschen Heeres Stand halten, wird das Verderben aufzuhalten sein. — Nur so lange? Nach menschlicher Voraussicht: ja, gerade nur so lange. Wir treiben dem Kommunismus zu!" — —

Darum hat die vereinigte Sozialdemokratie aller Länder solches Interesse, die deutsche Armee zu schwächen; darum ihre gewaltigen Anstrengungen, das Septennat zu Fall zu bringen. Und Hand in Hand mit diesen Umstürzlern untergraben verblendete Männer der ultramontanen und linksliberalen Partei die Grundsäule unseres Staatsgefüges, — ohne das zu wollen und zu erkennen! Mögen sie sehend werden! Möge das Zukunftsbild, welches der wetterfeste alte Demokrat entrollt, ihnen die Augen öffnen, — so lange es noch an der Zeit ist!

— Ein Telegramm der „Agence Havas" meldet aus Konstantinopel von heute:

In der Berathung, welche gestern zwischen Vertretern der Pforte und den bulgarischen Delegirten stattfand, soll hinsichtlich der Zusammensetzung der Regentschaft ein Einvernehmen dahin erzielt sein, daß die Regentschaft aus Stambulow, Zankow und einer dritten durchaus neutralen Persönlichkeit bestehen solle, über die man sich später einigen würde. Gleichzeitig würde auch die Ernennung eines neuen Kriegsministers im Prinzipe zugestanden.

Ein wesentlicher Fortschritt der Verhandlungen wäre in dieser Nachricht, falls sie sich bewahrheiten sollte, nur dann enthalten, wenn die Schwierigkeit der Auffindung des „durchaus Neutralen" bewältigt werden kann. Man muß abwarten, ob in dieser Beziehung schon eine Persönlichkeit in das Auge gefaßt ist.

— In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. starb in Suhl der Amtsgerichtsrath Schick im Alter von 75 Jahren. Schick ist in Ansbach geboren, hat in Breslau Gymnasium und Universität besucht, als Gerichts-Assessor in Insterburg, Danzig, Magdeburg gearbeitet. Er wurde 1848 in Weißensee in das deutsche Parlament gewählt. 1849 wurde er an das Kreisgericht Suhl versetzt. In den fünfziger Jahren war er für den Schleusingen-Ziegenrücker Kreis in das Abgeordnetenhaus gewählt. Er hat stets der liberalen Richtung angehört.

— Die Affaire Ihring-Mahlow beschäftigte heute abermals das Gericht, und zwar in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht, vor welchem sich der Redakteur der „Volkszeitung", Herr Hermann Trescher, wegen Beleidigung des Polizei-Präsidiums und des Schutzmanns Ihring zu verantworten hatte. Der Zuschauerraum war fast ausschließlich von Kriminalschutzleuten besetzt, auch wohnte der Chef der politischen Polizei, Polizei-Direktor Krüger, der Verhandlung bei. Die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Wreschner, die Anklage vertrat Staatsanwalt Wagner. Die Verhandlnng wurde heute jedoch nicht zu Ende geführt, vielmehr mit dem Beschluß vertagt, zum nächsten Termine, außer den bereits geladenen Zeugen, auch den Ihring und den Christensen und einen von der politischen Polizei zu benennenden Beamten zu laden, welcher Auskunft über die Persönlichkeiten Ihrings und Christensens zu geben vermag.

— Patriotismus heißt die Ueberschrift, unter welcher das Pariser Blatt „Revanche" eine Betrachtung veröffentlicht, die die „K. Z." der vaterlandslosen Sippe unseres aufgelösten Reichstages als Spiegel vorhält:

„Wir schrieben am 20. Dezember 1886:

„„Frankreich, in so manchen Punkten getheilter Ansicht, ist einstimmig in Allem, was den Patriotismus berührt. Was für die Vertheidigung des Vaterlandes gefordert wird, ist schon zehnfach im Voraus bewilligt, und es genügt, das Kriegsbudget auf die Tagesordnung zu setzen, um allen Erörterungen ein Ende zu machen, um den parlamentarischen Wirrwarr durch eine warhaft militärische Ordnung, Entschiedenheit, Zucht zu ersetzen.""

„So sprach damals durch unsere Stimme der französische Patriotismus. Und so hat er sich erfüllt in der Sitzung vom 8. Februar.

„Die Kammer hat die militärischen Forderungen, die man sich endlich entschlossen hat, an sie zu stellen, ohne alle Umschweife, ebenso leicht, ebenso natürlich, ebenso rundweg bewilligt, wie das einfachste Gesetz von beschränktester Tragweite, mit derseben kurzen Hand, wir möchten sagen, mit derselben Augenblicklichkeit.

„Der Entwurf ward verlesen, die Ziffer vorgeschlagen — und ohne ein Wort, ohne eine Bemerkung, ohne ein Wenn oder ein Denn oder ein Wie, ohne eine Frage und ohne ein Gemurmel erhoben sich alle Hände. In kaum mehr Zeit, als wir zum Niederschreiben gebrauchen, waren die Forderungen Gesetze geworden.

„Der Vorsitzende fragte die Kammer um ihr Urtheil, und Frankeich war es, welches darauf antwortete, daß es keine Rechte, keine Linke, keine Stimmzettel, keine Rednerbühne mehr gebe; oder vielmehr, Frankreich sagte nichts, sondern übergab einfach, wie aus der Hand in die Hand, die geforderten 86 Millionen Silber und Gold dem Herrn Kriegsminister.

„Wehe den fünf oder sechs Vaterlandslosen, die eine schüchterne Einrede wagten! Aber sie sind mehr zu beklagen als zu tadeln, die da gegen das große Gefühl eines solchen Augenblicks ankämpften, denn sie kämpften gegen das Vaterlandsgefühl!

„Wir haben für uns nur einen Schmerz: daß man dem nationalen Patriotismus kein noch größeres und wirksameres Opfer abverlangt hat."

Diesen Triumphruf hat die „Revanche" in dem stolzen Gefühl des befriedigten Patriotismus ausgestoßen. Was die französische Volksvertretung einmüthig einem Boulanger zu Angriffszwecken darbringt, das verweigert die Mehrheit eines deutschen Reichstages einem Moltke zur theidigung des Vaterlandes!

— Die im ungarischen Parlament eingebrachte Kreditvorlage bezüglich der Reserve-Vorräthe für Landwehr und erste Ausrüstung des Landsturms werden im „Pester Lloyd" mit folgenden Bemerkungen begleitet:

Daß die Angelegenheit als höchst dringliche behandelt wird, geht schon daraus hervor, daß der Wehr-Ausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses, welchem die Vorlage behufs vorläufiger Berathung zugewiesen wird, ebenfalls bereits für morgen Nachmittag zur Sitzung einberufen ist. Der Gegenstand wurde übrigens während der jüngsten Tage im Schoße der verschiedenen Parteien vertraulich besprochen. Wenn wir recht unterrichtet sind, wird man sich von allen Seiten streng an den Zweck halten, welcher von der Regierung für die von ihr zum Theile bereits ausgeführten, zum Theile beabsichtigten Vorkehrungen angegeben wird: daß dieselben nämlich weder Krieg, noch auch Vorbereitung zum Kriege bedeuten, sondern lediglich dahin gerichtet sind, auch bezüglich der Landwehr und des Landsturmes rechtzeitig Alles vorzukehren, damit dieselben im Falle des Bedarfes ihrer Bestimmung zu entsprechen geeignet seien; es wird sich daher nach aller Voraussicht an die Verhandlung im Hause keine größere politische Diskussion knüpfen, sondern lediglich die technische und finanzielle Seite der Frage in ruhiger, streng sachlicher Form erörtert und dann die Vorlage von allen Parteien angenommen werden.

Wie telegraphisch berichtet, hat der Wehr-Ausschuß die Vorlage bereits einstimmig angenommen.

Straßburg i. E., 14. Februar. Die Haussuchungen in Straßburg, Mülhausen, Barr und an anderen Orten haben vielfach Leiter von Turn- oder Schützenvereinen, von Feuerwehren u. s. w. betroffen, die mit der Patriotenliga in Verbindung stehen. In Mülhausen fanden sechs, in Straßburg eine, in Hagenau zwei Verhaftungen statt. In Straßburg ist außerdem ein Elsässer verhaftet worden, welcher überführt wurde, Mittheilungen über Arbeiten in den Forts ꝛc. nach Frankreich verschickt zu haben.

Straßburg i. E., 16. Februar. Der Statthalter, Fürst Hohenlohe, hat folgendes Manifest erlassen:

Die Reichstagswahlen werden am 21. Februar stattfinden. Als treuer Freund des Landes will ich ein wohlgemeintes Wort an Euch richten. Es ist Euch bekannt, daß der Reichstag aufgelöst worden ist, weil die Majorität der Regierung die Forderung verweigert hat, die erhöhten Militärausgaben vom 1. April 1887 ab auf 7 Jahre, auf ein „Septennat", zu bewilligen. Die Regierung hat diese Forderung gestellt, weil nach ihrer Ueberzeugung dem deutschen Reiche die Gefahr eines Krieges droht, sobald der kriegslustige Theil der Franzosen annehmen kann, den deutschen Streitkräften überlegen zu sein. Ist Euer Wille, daß Elsaß-Lothringen den Schrecknissen eines Krieges aufs Neue ausgesetzt werde? In den Wahlen ist einem Jeden Gelegenheit gegeben, mitzuarbeiten an dem Werke des Friedens. Zur Klärung der Lage, zur Beruhigung der Gemüther, zur Sicherung des Friedens trägt es bei, wenn ruhige und versöhnliche Abgeordnete gewählt worden, welche den Friedensvertrag von 1871 rückhaltslos anerkennen und dem deutschen Reiche die Mittel zur dauernden Erhaltung eines starken Heeres gewähren. Sendet Ihr dagegen Männer der Protestation in den Reichstag und solche, welche unter nichtigen Vorwänden begründete Forderungen für die Wehrkraft des Reiches abweisen, so seid Ihr zu Eurem Theil dafür verantwortlich, wenn die Unruhe nicht abnimmt, wenn die für Handel und Wandel so schädlichen Gerüchte immer von Neuem auftauchen und wenn der Friede weiterhin gefährdet bleibt. Es kann in einzelnen Wahlkreisen vorkommen, daß die Freunde des Friedens und der ruhigen Entwickelung Elsaß-Lothringens es unter dem Druck der bisherigen Führer bis zum Wahltage zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten nicht gebracht haben. In diesem Falle könnt Ihr Eure Meinung dadurch zum Ausdruck bringen, daß Ihr weiße Zettel in die Urne legt. Auch auf diese Weise wird man die Gesinnung des Landes zu erkennen vermögen. Noch einmal: Gedenket der Liebe zu Eurem Vaterlande Elsaß-Lothringen, wisset, daß die Wiedervereinigung dieser alten deutschen Lande mit dem deutschen Reiche eine unwiderrufliche ist, die nur mit dem Bestande des deutschen Reiches selbst enden kann, und höret in diesen entscheidungsreichen Tagen nur auf das, was das Gewissen und die Vernunft, was die Liebe zum heimischen Boden, zur Familie und zu Eurem Besitz Euch rathen.

Ausland.

Neapel, 13. Februar. Während heute Tausende von den benachbarten Städten nach Neapel strömen, um dem ersten Umzuge der Narren zur Eröffnung des Karnevals beizuwohnen, bereitet sich das Munizipium zum feierlichen Empfange der bei dem Kampfe von Saati Entkommenen vor. Es sind ein Kapitän der Artillerie und 80 Mann Infanterie, welche in einigen Tagen mit dem Transportschiffe „San Gottardo" hier eintreffen werden; alle haben mehr oder weniger schwere Verwundungen, die von Lanzen und Messerstichen herrühren. Dem Kapitän Michelini aus S. Martino wird vom Munizipium eine Adresse und eine kostbare goldene Uhr mit dem Stadtwappen überreicht werden, von den Studenten ein Ehrensäbel. Die Soldaten erhalten jeder ein Sparkassenbuch über 50 Lire. Für die Familien der Gefallenen sind Subskriptonslisten im Umlauf. Am Tage der Ankunft des „San Gottardo" werden sämmtliche Karnevalsbelustigungen eingestellt werden. Die Stadtbehörden, Studentenschaft, Veteranen-Vereine, denen sich Deputationen vieler anderer außerhalb Neapels anschließen, empfangen die Ankommenden am Hafen. Die Studenten der Medizin werden die Krankenbahren mit den Verwundeten selbst in das für diese eingerichtete Hospital Sakramento schaffen.

Paris, 14. Februar. Es wird langweilig, aber es ist unvermeidbar, immer wieder „auf besagten General", nämlich auf Boulanger und das „was kraucht da an der Grenz herum", zurückzukommen. Unter dem Vorwande der Berichtigung englischer und deutscher Lärmnachrichten bringen die chauvinistischen Blätter das albernste Geschwätz über die Pläne der „deutschen Kriegspartei". Der Hauptverfechter Boulangers ist Rochefort im „Intransigeant", der Nachrichten aus Deutschland, die „wenig beruhigen", erhalten haben will: Clemenceau will „seine Unterthanen" durchaus glauben lassen, daß Frankreich „ganz bestimmt" Deutschland angreifen werde. Beweis: Die „Post" und die andern Offiziösen bringen gefälschte Nachrichten und Randglossen zu französischen Artikeln; dazu erfährt Rochefort von seinem Korrespondenten folgenden Kriegsplan: „Zwischen hier und nicht vier Wochen, sondern in acht bis zehn Tagen vielleicht geht eine deutsche Kompagnie, die erste beste, in Waffen über die Grenze, natürlich im Irrthum; diese rückt vor, bis sie auf einen französischen Posten stößt, der sie anhält und entwaffnen will. Ein Kampf erfolgt, und am folgenden Tage melden die tausend Federn des deutschen Reptiliats, die Soldaten seien ohne Ursache mißhandelt, verwundet, ja, getödtet worden. In Folge dessen würde Bismarck Entschuldigungen in einer unannehmbaren Form von Frankreich verlangen, und daraus würde der vorberechnete Streich eines casus belli erfolgen." Es folgt eine Reihe von Boshaftigkeiten, um zu der Ermahnung an Boulanger zu gelangen: „Es ist daher Sache unserer Militärbehörden, das gute Recht auf unsere Seite zu bringen. . . . Man kann kraft geheimer Fonds Deutschland über unsere Absichten täuschen, es wird aber nicht gelingen, Europa über unsern Wunsch, den Frieden zu erhalten, zu täuschen." Die französischen Späher, die in Deutschland jetzt umherforschen und den französischen Blättern berichten, sind kaum besser, als der Gewährsmann Rocheforts. Derjenige der „Debats" schreibt aus Hildesheim, die Leute seien dort so bornirt, daß sie alles glaubten, was die „Post" und die „Kölnische Zeitung" brächten; Bismarck, der die „seconde Majesté" genannt werde, könne zufrieden sein; man rede von nichts anderm als Krieg. Außer Bismarck ist es denn besonders der Zar, der in allen möglichen und unmöglichen Zwiegesprächen versichert, er sei „Frankreich sehr gewogen, das seine orientalische Politik stets unterstützt habe." Die „Lanterne", die Boulanger stets im hellsten Lichte zeigt, behauptet, Deutschland werde mit Englands Zustimmung im Kriegsfalle die belgische Neutralität nicht achten, und es sei bereits

in Druck auf das Brüsseler Kabinet versucht worden, um es zu bewegen, „seine Zustimmung zu diesem Verrathe zu ertheilen.“ Ferner: „Bekanntlich sind Hof und klerikales Ministerium nur zu geneigt, auf diese Rathschläge zu hören; alles neigt zu Deutschland hin und alles soll die französische Republik in Verruf bringen. . . . Die Franzosen sind empört über das, was vor ihren Augen vorgeht.“ Die „Lanterne“ hebt dann eine frühere Aeußerung der „Reforme“ hervor, worin versichert wird, Frankreich werde, wenn es die Deutschen besiegt habe, keinen Landerwerb außer Elsaß-Lothringen verlangen, darüber seien alle französischen Republikaner bereits einig; man wird blos „die Bildung eines demokratischen Staates verlangen, der stark genug gegen alle Angriffsgelüste und zusammengesetzt ist aus Belgien und Holland, um als Bollwerk für Frankreich und England gegen die Ländergier des verpreußten Deutschlands zu dienen; dieser Plan wird mit Ueberzeugung bereits in Belgien und Holland verfochten, und es kann nicht fehlen, daß er Fortschritte macht.“ Doch genug des Unsinns! „Siecle“ freut sich über die Stockung der Geschäfte in Deutschland in Folge des Wahlkampfes. Diesen Triumph wenigstens hat die Windthorsterei den Franzosen bereitet.

Die „Agentur Havas“ stellt heute in einer Berliner Depesche die Nachricht, in Abrede, daß der Marquis Tseng bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin einen Vertrag zwischen Deutschland und China abgeschlossen habe. Die „Justice“ hält die Richtigkeit der Nachricht aufrecht. Sie sagt, sie habe gute Gründe dazu.

Paris, 16. Februar. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gelangte die Interpellation des Abgeordneten Blancsubé zur Verhandlung. Letzterer beschwerte sich darüber, daß der Marineminister seit sechs Monaten für die Rücktransporte der Truppen aus Tonkin schlecht eingerichtete Handelstransportschiffe benutzt, während in Toulon ausgezeichnete Marine-Transportschiffe liegen. Dem Deputirten Greville entschlüpfte hierbei die Indiskretion, daß man letztere Schiffe in Toulon bereit gehalten habe, um nöthigenfalls die Truppen aus Algier nach Frankreich überzuführen. Diese unbedachte Aeußerung rief lebhafte Proteste auf allen Seiten der Kammer hervor, worauf Greville versuchte, die Tragweite seiner Mittheilung abzuschwächen, indem er bemerkte, er habe nur sagen wollen, für den Verkehr mit Algier seien fortwährend Staatstransporte nothwendig. Die Journale unterdrücken beinahe ausnahmslos in ihren Sitzungsberichten diesen Zwischenfall.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Februar. Eine bei der Staatsanwaltschaft eingereichte Denunziation, welche von dem Denunzirenden mit einem fremden Namen zum Zwecke der Täuschung des Staatsanwalts über die Person des Anzeigenden unterschrieben worden, in der widerrechtlichen Absicht, der Anzeige durch die falsche Unterschrift einer besonders glaubwürdigen Person mehr Nachdruck zu geben, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 20. Dezember v. J., als Urkundenfälschung zu bestrafen.

— Der bisherige außerordentliche Professor Dr. Paul Albert Grawitz in Greifswald ist zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt.

— Die Entlassung der Mannschaften der Marinetheile am Lande und der Besatzungen der in heimischen Gewässern befindlichen Schiffe hat nach allerhöchster Bestimmung in diesem Jahre in der zweiten Hälfte des Monats September stattzufinden. Die Einstellung der Rekruten hat stattzufinden: a. beim Seebataillon und den Matrosen-Artillerie-Abtheilungen am 3. November d. J.; b. bei den Matrosen- und Werftdivisionen am 1. und 2. Februar 1888; c. die Einstellung der Oekonomie-Handwerker erfolgt am 1. Oktober d. J.

— In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kam eine Anklage zur Verhandlung, welche für weitere Kreise von größerem Interesse war, wie sich aus dem Andrang zum Zuhörerraum ergab, besonders von außerhalb war die Nachfrage nach Einlaßkarten sehr stark. Es handelte sich um eine Anklage wegen betrügerischen Bankerotts wider den Mühlenbesitzer Karl Blaurock aus Hagen. Ehe wir auf den Thatbestand der Anklage näher eingehen, geben wir einen Ueberblick über die bisherige Geschäftsthätigkeit des Angeklagten. Derselbe ist im Jahre 1836 in Hagen geboren, sein Vater war Besitzer der dortigen Mühle. In seinem 28. Lebensjahre übernahm Bl. die Mühle zu Höckendorf bei Damm, welche bis zum Jahre 1881 sein Eigenthum verblieb. Auffallend war es, daß in dieser Zeit drei Mal auf dem Grundstück Feuer entstand und zwar in den Jahren 1865, 1868 und 1869. Zwei Mal wurde das Grundstück ganz eingeäschert, das dritte Mal wurden nur Scheune und Stall ein Raub der Flammen. Ueber die Entstehungsursache der Brände ist in keinem Falle etwas Bestimmtes ermittelt worden, obwohl stets der Verdacht der Brandstiftung vorlag. Im Jahre 1881 übernahm Bl. die Mühle seines Vaters in Hagen für 51,000 Mark mit 21,000 Mark Anzahlung. Sein gesammtes Vermögen belief sich nach seiner Aussage zu jener Zeit auf 60,000 Mark. Bl. nahm einen vollständigen Umbau der Mühle vor, wodurch ihm ca. 24,000 Mark Kosten entstanden sein sollen. Die Mühle bestand nunmehr aus einer Mehlmahlmühle mit 3 Gängen und einer Schneidemühle mit einem Vollgatter. In der Nacht vom 13. zum 14. März 1885 entstand auch auf diesem Grundstück Feuer und wurden sämmtliche Baulichkeiten mit Vorräthen eingeäschert. Auch die Entstehungsursache dieses Brandes ist nicht ermittelt worden. Am 26. August v. J. ging bei dem Amtsgericht zu Pölitz ein Schreiben von Bl. ein, worin er auf den großen Schaden hinwies, der ihm durch den Brand entstanden, und anzeigte, daß er sich genöthigt sehe, seine Zahlungen einzustellen. Am nächsten Tage wurde auch vom Gericht das Konkursverfahren über Bl.'s Vermögen eröffnet. In dem von Bl. dem Gericht eingereichten Vermögensverzeichniß war in den Aktivas das Grundstück mit 92,000 Mark Werth angegeben, die darauf ruhenden Hypotheken und anderen Schulden mit 120,000 Mark, so daß sich eine Ueberschuldung von 28,000 Mark ergab. Das Mobiliar-Vermögen war mit 15,969 Mark angegeben, die Passiva beliefen sich auf 38,478,63 Mk. Ausführliche Geschäftsbücher lagen nicht vor, nur ein Kassenbuch, welches augenscheinlich erst für den Konkurs angefertigt war, später fanden sich unter einem Mehlkasten versteckt noch zwei Bücher, ein Kassenbuch, aus welchem das ersterwähnte ausgezogen war und ein Kopirbuch, dessen beschriebene Blätter ausgerissen waren. Die nähere Untersuchung erweckte den Verdacht, daß bei der Zahlungseinstellung nicht Alles mit rechten Dingen zugegangen war und am 17. September v. J. wurde Bl. unter dem dringenden Verdacht des betrügerischen Bankerotts in Haft genommen. Es wurde auch demgemäß die Anklage erhoben und er beschuldigt, daß er in der Absicht, seine Gläubiger zu benachtheiligen, nach der Zahlungseinstellung Vermögensstücke verheimlicht, nicht existirende Schulden anerkannt und seine Bücher so unordentlich geführt hat, daß eine Vermögensübersicht nicht möglich war. Zunächst hatte Bl. bei dem eingereichten Vermögensverzeichniß einen Wechsel über 3000 Mk. unter den Aktivas nicht angeführt, obwohl er den Wechsel in Händen hatte und derselbe absolut sicher war. Unter den angeblich das Grundstück belastenden Schulden befand sich eine auf Bl.'s Namen eingetragene Schuld von 24,000 Mk. und eine fernere Hypothek von 30,000 Mark, eingetragen für den Bäckermeistrr Schulz in Steglitz am 24. Septbr. 1884. — Diese letztere Hypothek ist vollständig fingirt gewesen, denn Schulz hat von Bl. niemals 30,000 Mark erhalten. Schulz ist auch nie Eigenthümer einer Hypothek geworden, trotzdem waren in dem Kassenbuch des Angeklagten alle Vierteljahre regelmäßig Zinsen für diese angebliche Schuld eingetragen. Es wurden auch später, nachdem der Konkurs bereits eingeleitet war, von Schulz in Steglitz, einem intimen Freunde des Angeklagten, dem Letzteren zwei Schuldscheine über je 15,000 Mark ausgestellt, diese jedoch abgefangen, als die Untersuchung bereits eingeleitet war. Weiter hat der Angeklagte noch kurz vor der Zahlungs-Einstellung für seine Tochter eine Aussteuer bestellt, er hatte diese auch bereits erhalten, aber gleichfalls nicht den Aktiva's zugeschrieben. Unter den Passiva's fungirte ferner eine Schuld von 6000 Mark an den Holzhändler Mahnke in Stettin, auch diese Schuld hat nicht existirt, trotzdem ist auch hier die regelmäßige Zinszahlung gebucht worden und auch hier hatte Mahnke zwei fingirte, von Bl. ausgestellte Wechsel in Händen. Alle diese Fälle erschienen der königlichen Staatsanwaltschaft als lange, raffinirte Vorbereitungen zum Betrug. Die auf den Namen des Bl. auf das Grundstück eingetragene Schuld von 24,000 Mark bestand in 4 Schuldbriefen von 6000 Mark, auch diese Schuldbriefe waren angeblich von Bl. an Mahnke für 18,000 Mark verpfändet und wurden bei Letzterem auch vorgefunden. Auch diese Pfändung ist nach Ansicht der königlichen Staatsanwaltschaft fingirt. Bei der gestrigen Verhandlung sah sich Bl. gezwungen, bei den wesentlichsten Punkten ein Geständniß abzulegen; er führt zu seiner Vertheidigung nur an, er habe die Einleitung des Konkurs-Verfahrens nur beantragt, um von seinen Gläubigern eine Frist zu erlangen. Durch das Verdikt der Geschworenen wurde Bl. der Anklage gemäß für schuldig befunden, doch wurden ihm mildernde Umstände bewilligt. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf 1 Jahr 6 Monate Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust.

Eingesandt.

Wahl-Aufruf

an die Beamten und Arbeiter
der Stettiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
„Vulkan“.

Von höchster staatsmännischer und militärischer Stelle ist dem letzten Reichstage unumwunden erklärt worden:

„Die Ablehnung des Septennats durch „den Reichstag bedeutet die Vermehrung „der drohenden Kriegsgefahr!

„Das Septennat ist dringend erforderlich für die Durchführung der erhöhten Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes!“

Trotz dieser schwerwiegenden Erklärungen haben die Deutschfreisinnigen im Bunde mit den klerikalen Elementen des Reichstages die Militärvorlage der verbündeten Regierungen zu Fall gebracht.

Um das deutsche Heer der Zahl nach annähernd dem französischen gleich zu stellen, verlangen die verbündeten Regierungen die Bewilligung der dazu unerläßlichen Mittel auf sieben Jahre, das heißt das Septennat für diese erhöhten Ausgaben.

Der Reichstag wollte diese Ausgaben aber nur für drei Jahre gewähren und die Weiterbewilligung nach Ablauf dieser Zeit von einem neuen Beschlusse abhängig machen.

Unsere höchsten militärischen Autoritäten erklären: drei Jahre sind für die Durchführung der nothwendigen Maßnahmen nicht ausreichend. Wenn die Wehrhaftigkeit Deutschlands dem drohenden Machtzustand Frankreichs gewachsen bleiben soll, so muß die jährliche Aushebung der verlangten Mehr-Mannschaften mindestens auf sieben Jahre gesichert sein.

Dieser Sachlage gegenüber hat sich die Mehrheit des Reichstages ablehnend verhalten und ihre eigene Meinung über das Urtheil unseres greisen Heerführers und ersten Staatsmannes gesetzt, wenngleich das Vaterland dadurch in Gefahr geräth.

Daß Letzteres in bedrohlicher Weise der Fall ist, das wird jedem Einsichtsvollen von Tag zu Tag klarer. Die größten Besorgnisse vor einem ausbrechenden Kriege haben bereits alle Schichten der Bevölkerung ergriffen und die düsteren Schlagschatten verhängnißvoller Zeiten fangen schon an sich lähmend auf alle Geschafte zu legen.

Wenn nicht bald ein Umschwung zum Bessern eintritt, wird ein Rückgang in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen unvermeidlich sein und damit im Gefolge Arbeits- und Verdienstlosigkeit über die arbeitenden Klassen hereinbrechen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Neuwahl zum Reichstage am 21. Februar muß sich daher jeder stimmberechtigte Staatsbürger der schweren Verantwortung bewußt werden, welche ihm bei Abgabe seines Votums die gegenwärtige Wahl auferlegt.

Die Gegner der Regierung suchen natürlich das Wesen ihres Widerstreites vor den Wählern zu entstellen, sie sprechen in ihren Aufrufen von Absolutismus, drohen mit der Militärherrschaft, mit Monopolen und neuen Belastungen der unbemittelten Klassen, während allen diesen Schlagworten bereits die bündigsten Erklärungen von höchster Stelle gegenüber stehen.

Nichts von alledem ist zutreffend, die diesmalige Abstimmung bedeutet:

„Für oder Wider die siebenjährige Bewilligung derjenigen Mittel, welche unser greiser Kaiser in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen und den ersten Staatsmännern unseres Reiches für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes für dringend nothwendig hält.“

„Für oder Wider die Friedenssicherheit Deutschlands, für oder wider die mögliche Verhinderung eines Krieges, welcher über unsere wirthschaftlichen Verhältnisse unberechenbares Elend bringen würde.“

Nachdem ein jeder stimmberechtigte Staatsbürger durch das allgemeine Wahlrecht berufen ist, direkten Antheil zu nehmen an der Wohlfahrt des gesammten Staatswesens, so liegt für denselben bei der bevorstehenden Neuwahl die allerdringendste Veranlassung vor, sein Wahlrecht auszuüben, sich aber auch vorher klar zu vergegenwärtigen, welche schwerwiegende Verantwortung er durch sein Votum für sich, für seine Familie, für die Gemeinde, ja für das Wohl und Wehe des ganzen Vaterlandes übernimmt.

In dieser verhängnißvollen Zeit erachten wir es deshalb, inmitten der großen Arbeiterbevölkerung des Kreises Randow, als unsere ganz besondere Pflicht, an die einsichtsvoller und ruhiger denkenden Wähler zu appelliren, damit sie nach besten Kräften belehrend und aufklärend dahin wirken, daß nur ein solcher Kandidat siegreich aus der Wahlurne hervorgeht, welcher für die Wehrhaftigkeit unserer Armee, für die dazu von Seiten der verbündeten Regierungen geforderten Mittel auf sieben Jahre, also für das Septennat ohne jeden Vorbehalt einzutreten bereit ist.

Von allen aufgestellten Kandidaten des Kreises Randow erfüllt diese Bedingung allein der bisherige Abgeordnete

Herr Rittergutsbesitzer v. d. Osten-Blumberg

und deshalb können wir auch nur dessen Wiederwahl empfehlen.

Mag sich derselbe auch in manchen anderen Fragen nicht in voller Uebereinstimmung befinden mit den Anschauungen gemäßigt liberaler Staatsbürger, so kann und darf dies doch im Augenblicke der Gefahr kein Hinderniß sein, demselben die Stimme zu geben, da nur durch seine Wahl die Stimme des Kreises für das Septennat gesichert ist. Die Fundamente unseres geeinigten Vaterlandes können nur fester gefügt werden, wenn wir in schweren verhängnißvollen Zeiten kleinliche Parteiunterschiede bei Seite setzen, enger zusammenhalten und uns in dem einen Sinne vereinigen:

„Unzertrennlich für Kaiser und Reich!“

Bredow, den 5. Februar 1887.

Direktion
der Stettiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
„Vulkan“.
Haack. C. Jüngermann.
H. J. Stahl.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zweites Gastspiel der königl. preuß. Hofschauspielerin Frl. Johanna Schwartz vom Schauspielhause zu Berlin. „Egmont.“ Trauerspiel in 5 Akten. (Dutzendbillets haben mit 50 Pf. Aufzahlung Gültigkeit.)

Freitag. Stadttheater: Benefiz für Herrn Norbert. „Reiff von Reifflingen.“

Vermischte Nachrichten.

— (Wiedererkannt.) Ein Doktor in Baden, der ein Meister in der Kunst des Erzählens ist, gab unlängst, wie in der „Schw. Fr. Pr.“ zu lesen, nachstehende hübsche Episode aus seiner „Nachtpraxis“ zum Besten: „Es war in einer sternhellen, bitterkalten Winternacht. Ich kehrte nach 12 Uhr zu Pferde von einem auswärtigen Besuch zurück. In der Nähe der „Sommerhalde“ hörte ich aus dem Badener Stadtwald Axtschläge. Es konnte kein Zweifel bestehen, was da vorging. Auch darüber brauchte ich mir nicht den Kopf zu zerbrechen, welchem befreundeten Volksstamme etwa die späten Holzfäller angehören mochten. Ich war guten Humors, band mein Pferd an einen Baum am Wege, schlich mich in die Nähe der Waldpiraten und schaute ihrem Treiben hinter einer Tanne hervor zu. Die letzten Axtstreiche sollten eben den auserlesenen Baum zu Falle bringen. Da stürzte ich aus meinem Versteck hervor und schrie die Burschen an: „Han' ich emol, Ihr Malefizkerlis!“ — „Gänd s'Pech, s'isch de Förster“ — schallte es zurück. — Als ob der Blitz unter sie gefahren wäre, stob die Gesellschaft auseinander. — Eine Art war zurückgeblieben. Ich nahm sie als Trophäe mit und ritt nach Hause. So schnell hatte sich die ganze Scene abgespielt, daß ich keinen der „Holzer“ erkennen konnte. — — Jahre vergingen. Da traf ich eines Sonntags Nachmittags im „Adler“ zu B. eine Jaßgesellschaft. Die Partie schien für den Mann, der mir den Rücken kehrte, verloren. Plötzlich fuhr er auf: „Gstoche mit em Bur — und bedank mi!“ Das war die Stimme, die damals „Pech geben“ kommandirt hatte! Es begann eine zweite Partie. Ich stellte mich hinter meinen Mann und sah ihm in die Karten. Als er eine langerwartete Stichkarte aufnahm, rief ich ihm unvermuthet zu: „Hesch en emol kriegt, de Malefizkerli“. Langsam wandte sich der Spieler mir zu und sagte kein anderes Wort als: „Wo isch mi Axt?“

— Ein berühmter Gelehrter, dessen Umgang sich fast lediglich auf ehrwürdige Folianten beschränkt, trat unlängst in einen Salon, in dem eine größere Gesellschaft versammelt war. Die elegante, leichtlebige Welt verwirrte ihn derart, daß er sich, nachdem er sich eine Weile unbeholfen aus einer Ecke in die andere gedrückt hatte, schleunigst und ohne Gruß entfernte. Man mokirte sich ein wenig über den sonderbaren Gast und fragte schließlich die Frau vom Hause, wer er denn eigentlich sei. „Er ist ein Mann,“ antwortete sie, „der uns in lateinischer, griechischer, ja selbst arabischer Sprache zu erklären vermag, was ein Stuhl ist, der aber von diesem selbst keinen Gebrauch zu machen versteht.“

— (Feierlicher Anfang.) In einer Kreisblatt-Bekanntmachung war vor Kurzem zu lesen: „Mit dem Eintreffen des Herrn Bürgermeisters nimmt die Vieh-Ausstellung ihren Anfang.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Straßburg i. E., 16. Februar. Gestern ist der Oberreichsanwalt Tessendorf mit dem Kriminal-Kommissar Tausch von Berlin hier angekommen; auch der Oberstaatsanwalt Vacano traf aus Kolmar hier ein. Oberreichsanwalt Tessendorf begab sich heute Morgen nach Mülhausen, Kriminalkommissar Tausch nach Metz.

Wien, 16. Februar. Der Kaiser empfing gestern in einer Privataudienz den russischen Militärbevollmächtigten Zujew.

Rom, 15. Februar. Der Papst empfing heute den Katholikos der unirten Armenier, Azarian, in einstündiger feierlicher Audienz. Der Papst trug die ihm von den armenischen Christen gespendete Stola und den vom Sultan mit einem eigenhändigen Schreiben übersandten Ring. Auf die Ansprache Azarian's dankte der Papst für die den Katholiken in der Türkei gewährten Freiheiten und übergab sodann drei Kardinälen, darunter Jacobini, sowie drei Prälaten die von Azarian überbrachten Dekorationen des Osmanieordens.

Paris, 16. Februar. „Gaulois“ meldet, die republikanischen Journale Lyons hätten gestern Abend an den Fenstern ihrer Bureaux ein Telegramm affichirt, welches den offiziellen Abschluß einer russisch-französischen Allianz ankündigt. Hier ist dieses Schwindel-Telegramm nicht verbreitet worden.

Bei dem gestrigen Begräbniß Raoul Duval's haben die Deputirten Hubbard und Deroulede „Artigkeiten“ ausgewechselt, worauf Letzterer dem Ersteren seine Zeugen schickte, welche mit den Zeugen Hubbard's die Sache friedlich ausglichen.

Dublin, 15. Februar. In der Nähe von Ballycar (Grafschaft Clare) wurde gestern Abend aus dem Hinterhalte auf einen Gerichtsvollzieher und auf zwei Polizeibeamte geschossen, alle drei wurden verwundet, der Gerichtsvollzieher in lebensgefährlicher Weise. Die Thäter sind noch nicht ermittelt.

Cooktown (Queensland), 15. Februar. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Frau von Schleinitz, Gemahlin des Landeshauptmanns von Neu-Guinea, ist gestorben.